

Auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft? Konservative Regierung und Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Prof. Dr. Josef Esser, geb. 1943 in Aachen, studierte Politikwissenschaft in Berlin und Konstanz. Seit 1981 ist er Professor für Politologie mit dem Schwerpunkt Planungs- und Staatstheorie an der Universität Frankfurt a. M.

Der im März 1983 eindrucksvoll bestätigte politische Machtwechsel in der Bundesrepublik hat zu vielfältigen Spekulationen über eine „Wende“ in den Beziehungen zwischen konservativer Regierung und Gewerkschaften geführt. Generell wird die These vertreten, daß die zu Zeiten des sozialdemokratischen „Modells Deutschland“ enge und kooperative Zusammenarbeit der Akteure Staat, Unternehmen, Gewerkschaften bei der Formulierung und Durchsetzung wirtschafts-

und gesellschaftspolitischer Entscheidungen nun von einer Konfrontations- und Ausschließungsstrategie der Regierung gegenüber den Gewerkschaften abgelöst worden sei, während die Gewerkschaften selbst bei den Arbeitskämpfen im Sommer 1984 die bisherige Konsenspolitik aufgekündigt hätten und sich immer stärker auf ihre „eigene Kraft“ besinnen. Dieser Einschätzung wird hier widersprochen. Eher ist zu vermuten, daß sowohl Regierung als auch Gewerkschaften weiterhin eine Art konfhktoischer Partnerschaft anstreben. Dies liefe im Ergebnis freilich auf eine Art „neuer“ Partnerschaft, auf veränderter sozio-ökonomischer Grundlage und veränderten, für die Gewerkschaften ungünstiger gewordenen politisch-sozialen Kräfteverhältnissen, hinaus. Und für die Gewerkschaften verschärft diese Politik die Gefahr, zur korporativen Interessenvertretung privilegierter Belegschaften herabzusinken.

Zunächst sei noch einmal daran erinnert, daß bereits in der sozialliberalen Politikphase, vor allem durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Strategien dieser Koalition im Gefolge der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der siebziger Jahre, Integrationsfähigkeit, Kampfstärke und organisatorische Stabilität der Gewerkschaften geschwächt wurden. Denn die damals forcierte Modernisierung und Rationalisierung der Volkswirtschaft zur Sicherung der Spitzenposition der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt führte dazu, daß deren Opfer, vor allem Frührentner, „Verschlissene“, Jugendliche, Frauen und Ausländer auf Dauer aus dem Wirtschaftsprozess ausgegrenzt wurden und zusätzlich die Hauptlast des seit 1975 eingeleiteten Sozialabbaus zu tragen hatten. Zugleich bedeutete die Bereitschaft der Gewerkschaften, diese Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen zähneknirschend zu akzeptieren - erst 1981 und 1982 haben sie ernsthaft dagegen zu opponieren begonnen - längerfristig eine Spaltung der Lohnabhängigen in zwei ohnmächtige Fraktionen: ein Teil wollte seine Arbeitsplätze nicht aufs Spiel setzen, der andere hatte keine Druckmittel zur Verfügung¹.

Konservative Modernisierungspolitik

Ähnlich wie ihre Vorgängerin sieht auch die christlichdemokratisch-liberale Regierungskoalition die Sicherung und Ausweitung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt als objektiven, unentrinnbaren Sachzwang an. Und ähnlich wie ihre Vorgängerin steht sie vor dem Problem, im weltweiten Verdrängungswettkampf der Industrieländer um Marktanteile die privaten Unternehmerstrategien wirtschafts-, sozial- und industriepolitisch zu flankieren. In der derzeitigen Umbruchphase des Weltkapitalismus (dritte Phase der industriellen Revolution) - so wird argumentiert - müsse Westdeutschlands Industrie besonders schnell und effektiv in die neuen Schlüssel-

¹ Ausführlicher dazu: Josef Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt am Main 1982, 307 S.; Josef Esser, Wolfgang Fach, Werner Vöth, Krisenregulierung - Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge, Frankfurt am Main 1983, 279 S.

technologien: Mikroelektronik, Telekommunikation, Roboter, Biotechnologie investieren. Nur mittels bahnbrechender Produktinnovationen und verbilligter, international konkurrenzfähiger Produktionsverfahren lasse sich die Spitzenposition auf dem Weltmarkt behaupten. Bei der dazu notwendigen Therapie greift sie auf die überall in der westlichen Welt vorherrschende neoliberal-monetaristische Krisendiagnose zurück - auch in der Bundesrepublik hat das „nachkeynesianische“ Zeitalter begonnen: Entscheidende Ursache der Krise seien die über Jahre hinweg überzogenen Lohnerhöhungen, verbunden mit einer extremen Ausdehnung der Ausgaben für den Sozialstaat und der damit einhergehenden Staatsverschuldung. Weiter verteuert worden sei der Faktor „Arbeit“ durch kostenträchtige Sozialversicherungssysteme sowie verbesserten Arbeits- und Kündigungsschutz. Die Effekte all dieser Faktoren hätten im Laufe der sechziger und siebziger Jahre die Kapitalrentabilität der Unternehmen immer mehr ausgehöhlt und eine zunehmende Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft bewirkt. Diese wiederum bedinge (wegen der Überalterung der Anlagen und der verzögerten Inbetriebnahme neuer, technisch weiterentwickelter) ein verlangsamtes Tempo der technologischen Innovation. Verstärkt werde dies noch dadurch, daß es die deutschen Unternehmer immer mehr an Innovations- und Risikobereitschaft hätten fehlen lassen, sie also dabei seien, ihre „Schumpeterischen“ Qualitäten einzubüßen. Schließlich trügen auch eine Fülle rechtlich-institutioneller „Verkrustungen“ wie steuerliche Behinderung von Eigenkapitalbildung, mangelnde Flexibilität der Arbeitskräfte, die Unternehmeraktivitäten beschränkenden staatlichen Regelungen zu der „deutschen Sklerose“ bei.

Im Kern wird die Krise also als eine *politische* bestimmt: die *Struktur* des sozialdemokratisch-keynesianischen Staates mit seinen mächtigen Gewerkschaften, organisiertem Interessendruck ausgelieferten Regierungen, seinem vermachteten Netz von Sozialbürokratien und Wohlfahrtsverbänden, den etablierten „Anspruchshaltungen“ der Volksmassen steht zur Disposition. Ein Regierungswechsel allein kann die „Wende“ nicht bewirken. Vielmehr ist eine grundlegende Veränderung der institutionellen Struktur des gesellschaftlich-politischen Systems und der sich darin kristallisierenden Machtverhältnisse erforderlich. Nur über eine Revitalisierung und Flexibilisierung des Unternehmerlagers, einen Umbau des Sozialstaates und eine Flexibilisierung der Arbeit können sich jene Marktkräfte und privaten Initiativen wieder freilegen, die allein ökonomisches Wachstum, internationale Konkurrenzfähigkeit, sichere Arbeitsplätze und soziale „Wohlfahrt für alle“ wieder herstellen könnten.

Flexibilisierung des Unternehmerlagers

Zentraler Akteur des mikro- und informationstechnologischen Umstrukturierungsprozesses der deutschen Wirtschaft soll weiterhin das private Unternehmertum sein. Doch ist es „Aufgabe des Staates, die Fähigkeit und die Bereitschaft

zum wirtschaftlichen Risiko zu stärken. Eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik muß deshalb auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und auf den Abbau verkrusteter Strukturen gerichtet sein² - der Staat muß offenbar dem schlechter als in der Vergangenheit funktionierenden Kapitalismus wieder auf die Sprünge helfen. Auch wenn allen Studien, die einen schleichenden Wettbewerbsverlust der deutschen Industrie auf den Weltmärkten beklagen, bei jährlich steigenden Außenhandelsüberschüssen des verarbeitenden Sektors ein interessierter Zweckpessimismus anhaftet, reflektieren sie doch Befürchtungen, die Bundesrepublik könne im High-Tech-Bereich gegenüber den USA und Japan längerfristig in Rückstand geraten.³

Generell werden deshalb die „marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ durch Abbau administrativer Vorschriften (Deregulation), durch massive Steuerkürzungen sowie unspezifische staatliche Förderungsmaßnahmen, von der Risikokapitalversorgung bis zu höherer Exportförderung, verbessert. Bisheriges Ergebnis: Von 1982 bis 1985 betrug die Steuerentlastung der Unternehmen rund 18 Mrd. DM. Der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist auf 15 Prozent gesunken und beträgt nur noch die Hälfte des Anteils der von den Arbeitnehmern aufzubringenden Lohnsteuer (31,48 Prozent).⁴ Die Unternehmergewinne sind seit Amtsantritt der neuen Regierung bis heute real um 25 Prozent gestiegen.

Speziell und marktwirtschaftlichen Sonntagsreden widersprechend, wird die „aktive Strukturpolitik“ der sozialliberalen Vorgängerin unter dem Etikett „neue innovationsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik“ fortgesetzt. Diese „neue Industriepolitik“ soll einerseits den Vorstoß in den Hochtechnologiebereich durch Förderung von Pionierunternehmen vorantreiben, andererseits den traditionellen Industrien, die weniger „intelligente“ Produkte herstellen, finanzielle Hilfe für die Modernisierung und Umstrukturierung ihrer Produktionsanlagen gewähren, damit sie in reduzierter aber wettbewerbsfähiger Form weiterbestehen können. Das Typische dieser Politik liegt also darin, daß sie nicht auf relativ wenige Produktgruppen nach japanischem Muster konzentriert ist. Vielmehr soll der gesamte industrielle Kernsektor vom Stahl über Automobile, Werkzeugmaschinen bis hin zur Telekommunikation von den Segnungen der mikroelektronischen Revolution profitieren, die sektorale Kohärenz der deutschen Wirtschaft also erhalten und nicht zugunsten weniger High-Tech-Sektoren aufgegeben werden. Gerade hierin soll weiterhin der spezifische Vorteil der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt liegen:

2 Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/952, Bonn, S. 9.

3 Der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), Bundesbericht Forschung 1984, Bonn 1984; Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1983, Frankfurt am Main 1984; Der Bundesminister für Wirtschaft, Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. BMWI-Dokumentation Nr. 263, Juli 1984.

4 Rudolf Hickel, „Der Sozialabbau ist das Werk von Neidern des Sozialstaates“, in: Frankfurter Rundschau, 5.1. 85, S.5.

„Die pessimistischen Stimmen, die nicht zuletzt unter dem Eindruck der in den siebziger Jahren hochschnellenden Hochtechnologieexporte Japans auf eine nachlassende technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie schließen, unterschätzen nicht nur deren technologische Spitzenleistungen, etwa im Anlagen-, Maschinen-, Fahrzeugbau sowie in der Chemie, sondern auch die viele Branchen auszeichnende Innovationsfähigkeit in kleinen Schritten; die Breite, die Ausgewogenheit und die Qualität bis zum Design, an denen eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen teilhat sowie die Zuverlässigkeit, die die Lieferbeziehungen anerkanntermaßen auszeichnet.“⁵

Die zentrale Schwäche der bisherigen Technologiepolitik wird darin gesehen, daß zwar erstklassige Ergebnisse erzielt wurden, deren Umsetzung in marktreife Produkte jedoch auf sich warten ließ. Dem will man durch branchenübergreifende Förderungsprogramme für die Schlüsseltechnologien Informationstechnik, neue Materialtechnologien, Biotechnologie und Lasertechnologie begegnen. Im ersten verabschiedeten Programm für *Informationstechnik* sollen im Zeitraum von fünf Jahren 3 Mrd. DM staatliche Gelder ausgegeben werden, um die Sparten Mikroelektronik, Datenverarbeitung/Bürotechnik, Nachrichtentechnik, industrielle Automation und Unterhaltungselektronik zu fördern.⁶ Die Organisation zur Umsetzung dieses Programms ist dem japanischen Vorbild nachgeahmt: In einer *Verbundstrategie* werden die Forschungsaktivitäten gemeinsam von mehreren Industriepartnern und öffentlichen Forschungseinrichtungen getragen, deren Zielsetzungen werden in gemeinsamen Strategiediskussionen von Forschung, Industrie und Regierung gemeinsam festgelegt und fortgeschrieben. Einen zusätzlichen Innovationseffekt verspricht man sich von einer innovationsfreundlichen *Beschaffungspolitik* des Staates. Alle Ministerien - vor allem Post- und Verteidigungsministerium - sollen mit ihren Beschaffungsaufträgen zum Schrittmacher neuer technischer Entwicklungen werden, um die private Wirtschaft in ihrer Innovations- und Flexibilitätsfähigkeit anzuregen und zugleich deren finanzielle Risiken abzufedern. Berücksichtigt man neben den offiziellen 3 Mrd. DM die Mittel, die im Rahmen dieser „innovativen Beschaffung“ bereitgestellt werden, dürften nach Schätzungen des DGB zirka 20 bis 30 Mrd. DM zusammenkommen.

Als *spektakulärste Flexibilisierungsressource* gelten junge, innovationsfreudige und risikobewußte „Schumpeterische“ Klein- und Mittelunternehmen. Zu deren finanzieller Unterstützung über den Bundeshaushalt muß man die vielfältigen Förderprogramme der Länder hinzurechnen, deren Wettlauf um die Einrichtung je eines eigenen „Silicon Valley“ bereits skurrile Züge anzunehmen droht. Neben der Neugründung oder Ausgliederung von „Technologietöchtern“ bei Großunternehmen, der Errichtung von venture-capital-Gesellschaften unter der Kontrolle von Großindustrie und Banken sind hier vor allem *Technologiefabriken* und *Technologieparks* nach US-amerikanischem oder britischem Muster

5 BMFT, Bundesbericht Forschung 1984, a. a. O., S. 24.

6 BMFT, Informationstechnik, Bonn 1984.

zu nennen, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind.⁷ Auch wenn Fehlschläge einkalkuliert werden, zielt diese Art neuer Mittelstands-politik auf die Förderung eines dezentralen, flexiblen und marktnahen Innovationspotentials im High-Tech-Bereich, das Entwicklungs- und Markteinführungsrisiken übernimmt und von den Großkonzernen je nach Bedarf ausgenutzt und übernommen werden kann. Denn die führenden Unternehmen des bundes-deutschen Finanzkapitals - Großbanken und Versicherungen - spielen bei deren Gründung und Förderung eine wesentliche Rolle und garantieren zugleich dafür, daß sich das revitalisierte Kleinunternehmertum dem Einfluß und Zugriff der Großen nicht entzieht. Damit könnten dann einige negative Effekte bisheriger Strukturpolitik ein Stück weit vermieden werden; denn einige im Planungsverbund zwischen Staatsadministration und Großindustrie durchgeführte technologische Großprojekte sind spektakulär gescheitert (zum Beispiel Kernenergie, Großcomputer und EWS-System), was mit der Vergeudung von öffentlichen Finanzen in Milliardenhöhe verbunden war.

Umbau des Sozialstaates

In der offiziellen Programmatik der konservativen Regierungskoalition ist viel von Zurückdrängen des Staatseinflusses und Stärkung der Marktkräfte die Rede. Doch zeigte bereits die Analyse staatlicher Strukturpolitik, daß hier von weniger Staat kaum gesprochen werden kann. Die hohen Finanzmittel zur Förderung der mikroelektronischen Umstrukturierung erfordern geradezu den *starken*, zur Mobilisierung dieser Mittel und deren Absicherung gegen innenpolitische Widerstände fähigen Staat. Nicht ein Abbau, sondern ein *Umbau* der Staatsintervention zeichnet sich ab. Und das Ergebnis dieses Umbaus ist nicht der liberale, nicht-interventionistische „Nachtwächter“-Staat: Die längst stattgefundene Durchstaatlichung der Gesellschaft soll effektiver, kostengünstiger und vor allem politisch störungsfreier organisiert werden, die Überwindung der „Unregierbarkeit“ wird also angestrebt. Der Staat kann seine wirtschafts- und industriepolitische Funktion nur realisieren, wenn er sich gegenüber dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus und der bisherigen Struktur sozialstaatlicher Daseinsvorsorge so weit wie möglich autonomisiert. Die materiellen Leistungen wurden in den letzten drei Jahren bereits erfolgreich reduziert, die sozialen Risiken privatisiert oder auf die Kommunen abgeladen, die Konsum- und Massensteuern stark erhöht, ideologisch wird die Selbst- und Nachbarschaftshilfe (Subsidiarität) massiv propagiert. Als Ergebnis des bisherigen, freilich schon von der sozialliberalen Koalition 1975 begonnenen und 1982 verschärften Sozialabbaus werden immer deutlicher die Konturen einer „neuen Armut“ erkennbar.⁸

⁷ Der Bundesminister für Wirtschaft, Technologieparks in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1985.

⁸ Werner Balsen u. a., Die neue Armut, Köln 1984.

Flexibilisierung der Arbeit

Mikroelektronische Umstrukturierung der Wirtschaft und Umbau des Sozialstaates haben den Prozeß der Gesellschaftsspaltung, der bereits in den siebziger Jahren als Ergebnis der sozialliberalen Modernisierungspolitik einsetzte, weiter verstärkt. Über die bereits bekannte Kern-Peripherie-Spaltung hinaus vertiefen sich die Spaltungen *innerhalb des Kerns* und *innerhalb* der Peripherie: auf der einen Seite korporative Statusgruppen, die in den Kampf um ihre (zwar kärglicher werdenden) Privilegien verstrickt sind wie Beamte, leitende Angestellte, ein Teil der Facharbeiter, Bauern, Freiberufler - generell die Leistungsfähigen und Cleveren; auf der anderen Seite - und in sich ebenfalls inhomogen - Dauerarbeitslose, Kranke, Alte, Verschlissene, Aussteiger - aber auch die große Masse derjenigen, die den sich ausbreitenden „peripheren“ Arbeitsmarkt bevölkern.

Innerhalb der Unternehmen bewirkt die Einführung neuer Informationsverarbeitungs-, Steuerungs- und Regeltechniken eine Neuorganisation des Arbeitsprozesses mit flexiblen Mensch-Maschine-Kombinationen, neuen Hierarchien innerhalb der Lohnabhängigen und einer systematischen Individualisierung der Arbeitsverhältnisse. Insgesamt erhöht sich die unternehmerische Gestaltungsfreiheit bei der Organisation der Arbeitsprozesse entscheidend. Mensch und Maschine lassen sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß raum-zeitlich entkoppeln; der Einsatz menschlicher Arbeitskraft wird immer weniger von technischen „Sachzwängen“ bestimmt, sondern man kann flexibler auf ökonomische und arbeitspolitische Kalküle reagieren. Damit wird prinzipiell eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Übergang zu kontinuierlicher Produktion möglich, aber auch eine räumliche Entkoppelung von Arbeit und Maschinerie über computerisierte Heimarbeit, radikale Individualisierung von Arbeitsplätzen, Lohngestaltung und Festlegung arbeitsvertraglicher Bedingungen.⁹

Soweit bisher erkennbar und von Industriesoziologen empirisch erforscht¹⁰, entsteht in den Betrieben auf dieser Grundlage ein kleiner und privilegierter Kern hochqualifizierter, mit komplexen Überwachungs- und Steuerungsarbeiten betrauter Beschäftigter (die Rationalisierungsgewinner). Dem steht sowohl in den Kernbereichen der industriellen Produktion als auch im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich eine Masse von dequalifizierter, monotoner, fremdbestimmter und schlechtbezahlter Arbeit gegenüber. Ausgeübt wird sie von einem Typ des Massenarbeiters, der nicht räumlich konzentriert ist und homogene Arbeitsbedingungen vorfindet, sondern hochgradig individualisiert, flexibilisiert und parzelliert ist. Und bei dem derzeit bestehenden strukturellen Überangebot an billigen Arbeitskräften sind die Bedingungen für die Unternehmer günstig, unsichere und tarifvertraglich kaum geschützte Teilzeit-, Heim- und Lernarbeit auszudehnen,

⁹ Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.

¹⁰ Horst Kern, Michael Schumann. Das Ende der Arbeitsteilung? München 1984.

während die Beschäftigung in den Kernsektoren der industriellen Produktion, der Verwaltung und des Dienstleistungsbereichs weiter zurückgeht.

Konturen konservativer Gewerkschaftspolitik

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Bedingungen eine gemeinsame Interessenvertretung und gemeinsames politisches Handeln der Lohnabhängigen in großen, starken und einheitlich agierenden Gewerkschaften immer schwieriger wird. Hatte bereits die Kern-Rand-Spaltung der sozialliberalen Ära schlimme Auswirkungen für eine auf gemeinsame ökonomische Klassenlage gegründete Solidarität, so droht diese nun vollends zugunsten der Egoisten vieler kleiner Gruppen und des Kampfes „aller gegen alle“ zu zerbrechen. Im für die Gewerkschaften lebenswichtigen Kampf zur Sicherung einheitlicher Industriegewerkschaften und des Einheitsgewerkschaftsprinzips insgesamt können sie freilich kaum auf die konservative Bundesregierung als Bündnispartner zählen. Die Konturen konservativer Gewerkschaftspolitik lassen sich bisher eher als Doppelstrategie charakterisieren:

Auf der einen Seite unterstützt man politisch und ideologisch alle Maßnahmen der Unternehmer, eine wirksame Flexibilisierung von Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsmarkt zwischen verschiedenen Sektoren, Branchen, Regionen und Unternehmen zustandezubringen und widersetzt sich allen Forderungen, über staatliche Beschäftigungsprogramme oder einheitliche Verkürzung von Wochen- und Lebensarbeitszeit zu einer Vereinheitlichung der Interessen von Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen beizutragen. Mit der Einführung flexibler Vorruhestandsregelungen für ältere Beschäftigte und dem kürzlich verabschiedeten „Beschäftigungsförderungsgesetz“ wurde auch bereits ein - aus der Sicht der Befürworter totaler Flexibilisierung - freilich „eher als zaghaft zu bezeichnender Versuch zum befristeten Abbau von Einschränkungen der Arbeitsvertragsfreiheit“¹¹ gestartet. Diese Strategie glaubt die Regierung deshalb politisch verkraften zu können, weil sie auf die bereits durch die ökonomische Krise bewirkte Schwächung und Fragmentierung der Lohnabhängigen vertraut und die Gegnerschaft zwischen Arbeitsplatzinhabern und Arbeitslosen für sich auszunutzen versucht.

Auf der anderen Seite weiß man sehr wohl, daß ein wichtiger internationaler Konkurrenzvorteil der deutschen Wirtschaft immer noch darin besteht, daß Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften kooperativ mitgearbeitet haben, wenn es um rasche und effektive Einführung neuer Technologien und Lohnzurückhaltung zur Sicherung des internationalen Wettbewerbsvorsprungs ging: „Zu wenig wurde in der Diskussion (über die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik - J. E.) auch erwähnt, daß diese Leistung [...] durch eine konstruktive Hal-

¹¹ Christian Watrin, Ulrich J. Giebel, Sozialpolitische Hemmnisse für die betriebliche Flexibilität. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 33/1983, S. 32S-340.

tung der Gewerkschaften zum technischen Wandel ermöglicht wurde".¹² Deshalb bietet die Regierung den Teilen der Gewerkschaften, die für die mikroelektronische Umstrukturierung der Wirtschaft und deren politisch-legitimatischer Absicherung als funktional notwendig eingeschätzt werden, eine Art reduzierter Mitarbeit an - freilich auf der Basis des eingetretenen Kräfteschwundes dieser Gewerkschaften und nicht mit der Absicht, deren Position zu verbessern, sondern den jetzigen Zustand zu zementieren:

„Die neue wirtschaftliche und technische Entwicklung gibt uns die Chance, die alten Konflikte zu überwinden und an Stelle des angeblich unüberwindbaren Konflikts zwischen Kapital und Arbeit eine neue Gesellschaft zu schaffen.“ Denn „die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit verlieren an Bedeutung und der Produktionsfaktor Wissen wird ein knappes Gut werden. Diese Entwicklung wird die Gewerkschaften dazu zwingen, ihre Rolle in der Gesellschaft neu zu überdenken und hoffentlich zu finden. Unsere Zeit wirft neue soziale Fragen auf, die man nicht mit den Vorstellungen und Grundsätzen der alten sozialen Frage des 19. Jahrhunderts beantworten kann. Wir fordern die Gewerkschaften auf, nun an der Lösung der durch die moderne Technologie bedingten neuen Aufgaben verantwortlich mitzuarbeiten. Die Christlich Demokratische Union will keine schwachen Gewerkschaften. Sie will starke Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer und nicht die Interessen einer bestimmten Partei oder einer bestimmten Ideologie vertreten.“¹³

Auf längere Sicht soll diese Doppelstrategie wohl folgendes bewirken: Die durch den mikroelektronischen Strukturwandel bereits eingetretenen und sich weiter vertiefenden Flexibilisierungs-, Differenzierungs- und Spaltungsprozesse innerhalb der Sektoren, Branchen, Regionen, Unternehmen, Betriebe und Belegschaften könnten ohne politisch unkalkulierbare Strukturveränderungen „von oben“, sozusagen naturwüchsig, eine Umwandlung *zentraler* in *betriebliche* Gewerkschaften zur Folge haben: Die japanischen Vorzüge der *Betriebsgewerkschaft in der Betriebsgemeinschaft* ließen sich ohne große (formelle) gesetzliche Änderungen in das bestehende System der deutschen industriellen Beziehungen integrieren. Mit einer gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die nur noch das umsetzt, was in den „Betriebsgemeinschaften“ autonom vorformuliert worden ist, wäre dann das Verhältnis Betriebsrat - Gewerkschaftszentrale in der Weise umgepolt, daß jener, nicht diese den Kurs bestimmt. Dann hätte auch das von Bundeskanzler Kohl favorisierte Prinzip „christlicher“ Subsidiarität (Hilfe zur Selbsthilfe) innerhalb der industriellen Beziehungen gute Chancen: Über Arbeitsbedingungen bis hin zu industriellen Konfliktregelungsmechanismen und -formen würde dann auf Basis betriebsgemeinschaftlich determinierter Tarifautonomie verhandelt und entschieden und damit die schwierige Verknüpfung von „Differenzierung und Solidarität“ hergestellt, die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Gewerkschaften als einzige Überlebenschance anempfiehlt.¹⁴

¹² BMFT, Bundesbericht Forschung 1984, a. a. O. S. 24.

¹³ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Politik, Arbeitskampf 1984 - Eine Dokumentation, Bonn 1984, S. 50f.

¹⁴ Differenzierung und Solidarität. Gespräch mit Norbert Blüm, In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1985, S. 19-27.

Gewerkschaftspositionen

Mehrheitlich scheinen DGB und Einzelgewerkschaften diese „neue“ Partnerschaft prinzipiell akzeptieren zu wollen. Ohne allzu tiefgehende gesellschafts(kapitalismus)theoretische Reflexionen anzustellen, bejaht man weiterhin „Industriegesellschaft“, „gemischt-wirtschaftliches System“ und „Steuerungsfähigkeit des Staates“. Weiter ist man mit Regierung und Unternehmen darin einig, daß zur Sicherung der deutschen Weltmarktposition die forcierte mikroelektronische Modernisierung der Volkswirtschaft vonnöten sei. Freilich möchte man diese Modernisierung um den *ökologischen* Aspekt (technisch hochstehende Umweltprodukte und Anlagen zur Beseitigung von Umweltschäden) erweitert sehen, wovon man sich - ähnlich wie die sozialdemokratische Opposition - weitere internationale Wettbewerbsvorteile für die deutsche Wirtschaft verspricht.

Die Kooperationsbereitschaft mit jeder (auch der konservativen) Regierung wird vor allem damit begründet, daß diese mit dem Staat über die politische Steuerungsinstanz verfüge, „die durch ordnungspolitische Eingriffe und Maßnahmen einen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Gesellschaft herstellt“¹⁵ und über die die „Ökonomisierung der Gesellschaft“ zurückgedrängt und in eine „Politisierung der Ökonomie“ im Sinne sozialstaatlicher Kompensationsleistungen umgewandelt werden könne.¹⁶

Über Nutzung und Verbesserung des tarifpolitischen Instrumentariums und verstärkte Einflußnahme auf den politisch-demokratischen Willensbildungsprozeß sollen die inhaltlichen Kernelemente gewerkschaftlicher Politik: Verkürzung der Arbeitszeit, Förderung von qualitativem Wachstum und soziale Beherrschung des technologischen Wandels über erweiterte Mitbestimmung auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Dann würden — so hofft man — auch die negativen Folgen der neuen Technologien, von der Arbeitsplatzvernichtung über die Veränderung von Arbeitsqualifikation und -Organisation bis hin zu Spaltungsprozessen innerhalb der Belegschaften, ihre Sprengkraft verlieren und statt dessen ließen sich deren positive Effekte nutzen: „Die Umverteilung von Produktivitätssteigerungen in weitgehende Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen, die Durchsetzung neuer Formen qualifizierter Arbeit für alle Arbeitnehmer, ein umfassender präventiver Gesundheitsschutz und technisch unterstützte Formen der Teilhabe des einzelnen am Betriebsgeschehen“.¹⁷ Längerfristig könne damit den Gefahren von Organisationsspaltung sowie Fragmentierung und Entsolidarisierung der Lohnabhängigen begegnet und die politische Offensive zurückgewonnen werden.

15 Sigfried Bleicher, Krise und Krisenbewältigung. Gewerkschaftliche Ansätze zu einer humanen Reform der Industriegesellschaft, In: Ders. (Hg.), „Ausstieg?“ Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft, Hamburg 1985, S. 135f.

16 Ebenda, S. 137.

17 Ebenda, S. 130.

Allerdings muß man dem potentiellen konservativen Partner immer wieder die eigene Stärke demonstrieren und ihm zeigen, daß er besser damit fährt, die Gewerkschaften bei der Formulierung und Durchsetzung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik stärker zu beteiligen, anstatt um deren Zustimmung erst nach getroffenen Entscheidungen zu bitten. Zum einen dienen moderate Streiks, punktuelle Großdemonstrationen und Aktionstage diesem Ziel. Wichtiger freilich ist die Sicherung des Organisationsbestandes durch Ausweitung des Mitgliederpotentials - und das ist nur bei den „Gewinnern“ des Strukturwandels zu mobilisieren: bei Technikern, Ingenieuren, Führungskräften, generell der neuen „Zwischenschicht von Fachleuten und Spezialisten aller Art mit Fachschul- und Hochschulausbildung“.¹⁸

Auch wenn an sich nichts gegen eine verbesserte Zusammenarbeit von Gewerkschaften und „technisch-wissenschaftlicher Intelligenz“ einzuwenden wäre - skeptisch stimmt, daß deren Organisierung zur primären politischen Aufgabe erklärt wird, während man in dieser Strategie den „Verlierern“ des Modernisierungsprozesses eher Mitleid aus der Ferne bekundet oder abstrakt deren „neue“ Armut beklagt. Hier setzt die Kritik einer *Minderheitenposition* an: sie befürchtet, daß am Ende dieser neuen Partnerschaft Facharbeitergewerkschaften neuen Typs stünden, ergänzt durch eine große Koalition der politisch-sozialen Kräfte, die das soziale Substrat der sogenannten Zweidrittelgesellschaft bildeten. „Gewerkschaften wären dann in keiner Weise ‚Gegenmacht‘, sondern nurmehr Ordnungsfaktor, von Konservativen und Kapital gewünschte ‚Betriebspolizei‘, Betriebsgewerkschaften zur stabilisierenden Gestaltung des Status-quo, zur Erleichterung der ständig notwendigen sozialen Anpassungen zur Verkleisterung der Widersprüche, die sich aus einem dann ungebremsten und auch so gewollten technischen Fortschritt‘ unter privatkapitalistischen Bedingungen ergeben.“¹⁹

Gemäß dieser Einschätzung sollten sich die Gewerkschaften als solidarische Interessenvertretung aller Arbeitnehmer, aber auch der Arbeitslosen, Ausgrenzten und „neuen sozialen Bewegungen“ verstehen, mit dem Ziel, die Gestaltung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen der noch Arbeitenden mit einem allgemein-politischen Gestaltungsanspruch für eine Politik gesellschaftlicher Strukturreformen und zur Verwirklichung demokratischer Emanzipation zu verbinden. Und statt Partnerschaft favorisiert man hier eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierungsstrategie „von unten“ gegen konservative Regierung und gegen kapitalistische Unternehmerstrategien.

¹⁸ Technische Intelligenz und Mitbestimmung. Die Mitbestimmung, Monatsschrift der Hans Böckler Stiftung 10/11, 1984.

¹⁹ Hans Janßen, Klaus Lang, Überwintern oder Überleben? Gewerkschaftspolitische Schlußfolgerungen aus dem Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung. In: Erwin Ferlemann, Hans Janßen u. a., Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten, Hamburg 1985, S. 36.

Obwohl hier deutlich die gefährliche Tendenz: weg von der Einheitsgewerkschaft, hin zur korporativen Interessenvertretung für privilegierte Lohnabhängige erkannt wird, bleibt vieles offen. Weder wird die Frage beantwortet, wie ein solch breites Bündnis Zustandekommen könnte, noch wie eine zur offensiven Weltmarktstrategie alternative, polit-ökonomische Perspektive aussehen müßte.

Sicher ist freilich eines: Die demokratischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung lassen sich in der derzeitigen Umbruchphase des Weltkapitalismus nicht mit traditionellen keynesianischen oder sozialpartnerschaftlichen Konzepten verwirklichen. Erforderlich wäre eine über die Beschäftigteninteressen hinausgehende Gesellschaftspolitik, die den wachstumsfixierten Grundsatz einer Ausdehnung der Lohnarbeit für alle (das heißt „Arbeitsplätze schaffen“, gleichgültig was produziert wird und was für Katastrophen damit verursacht werden) überprüft, die eine grundlegende Neukonzeption von gesellschaftlicher Arbeit und Arbeitsverteilung ins Auge faßt, die herrschenden Konsummuster, Fortschrittsbegriffe und internationale Arbeitsteilungen in Frage stellt und nicht zuletzt auch ernsthaft das durch die technische Entwicklung längst auf der Tagesordnung stehende Problem der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen aufgreift.